Stadt Rinteln
Der Bürgermeister
Klostertraße 20
31737 Rinteln

Fraktion B 90/Die Grünen
im Rintelner Stadtrat

Christoph Ochs

Bartelsweg 29
31737 Rinteln

Fon: 05751 8790479
Mail: ochs.christoph@gmail.com
Web: gruene-schaumburg.de/gruene- kreis-tagsfraktion

28.11.2017

Antrag: Vorsorgeprinzip anwenden: Kein Einsatz von Glyphosat auf stadteigenen Grundstücken!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

1. Der Rat der Stadt Rinteln beschließt, dass auf städteeigenen Grundstücken keine glyphosathaltigen Herbizide eingesetzt werden dürfen.

Dazu werden private Personen und Unternehmen, die Aufträge von der Stadt Rinteln zur Pflege von Grün-, Sport- und Verkehrsflächen erhalten, entsprechend auf einen Glyphosatverzicht vertraglich verpflichtet.

Außerdem wird beim Abschluss neuer Pachtverträge für gemeindliche landwirtschaftliche Flächen und bei der Verlängerung von Pachtverträgen eine Klausel eingefügt, mit der sich der Pächter zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln auf diesen Flächen verpflichtet. Diese Vorgabe wird auch bei Verträgen umgesetzt, die eine automatische Verlängerung für den Fall vorsehen, dass keine Kündigung erfolgt. Bei laufenden Verträgen wird auf eine freiwillige Einigung hingewirkt.

2. Der Rat der Stadt Rinteln beschließt, dass zukünftig in Verträgen mit Vereinen, freien Trägern und Anderen, die finanzielle Zuwendungen der Stadt Rinteln erhalten, eine Klausel eingebracht wird, die den Verzicht auf glyphosathaltige Mittel auf den Flächen dieser Einrichtungen bestimmt.

Begründung:

Glyphosat, besser bekannt unter dem Handelsnamen “Roundup”, ist das weltweit meist verkaufte Breitbandherbizid, welches häufig in der Landwirtschaft aber auch in Kleingärten eingesetzt wird.

In Regionen Lateinamerikas, in denen großflächig glyphosatresistente Pflanzen angebaut werden und Glyphosat in hohem Ausmaß als Herbizid eingesetzt wird, gibt es eine erhöhte Rate an Fehlgeburten, Fehlbildungen von Neugeborenen und Krebserkrankungen, die einen Zusammenhang nahelegen. In neuster Zeit hat die WHO internationale Glyphosatstudien ausgewertet und stuft das Herbizid, das bereits in mehreren Ländern verboten wurde, nunmehr für den Menschen als „Wahrscheinlich krebserregend“ ein. Aufgrund dieser Untersuchung und den bisherigen Ergebnissen empfiehlt die WHO ein sofortiges Verbot. Prof. Andreas Kortenkamp, anerkannter Human-Toxikologe von der Brunel University London betont die Seriosität dieser Neueinschätzung und fordert die zuständigen EU-Behörden auf, entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher einzuleiten.

In diesem Zusammenhang ist auch eine Studie von Frau Prof. Monika Krüger von der Universität Leipzig interessant, die einen Zusammenhang zwischen dem Herbizid und dem weit verbreiteten Rinder- und Kälbersterben in der Landwirtschaft sieht.

70 % der Deutschen sind für ein Verbot von Glyphosat. Das Umweltinstitut München e.V. warnt, dass sich Glyphosat unter anderem bereits in Brot und Brötchen, Bier und in unseren Gewässern befindet. Zahlreiche weitere wissenschaftliche Studien belegen die gefährlichen Auswirkungen des Wirkstoffes und seiner Rückstände auf die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt.

Neben diesen Risiken trägt das Herbizid verstärkt zum Artensterben bei, da durch das Abtöten der Beikräuter vielen Insekten und damit auch den Feldvogelarten die Nahrungsgrundlage entzogen wird. Insbesondere gehen die Imker davon aus, dass das Bienensterben in Deutschland mit der Verwendung von Glyphosat im Zusammenhang steht. Da glyphosathaltige Mittel in die Nahrungskette gelangen, liegt es nicht fern, dass das Fasanensterben in Deutschland ebenfalls mit diesem Mittel zusammenhängen könnte. Studien zu der Frage, in wieweit der Einsatz dieses Giftes Auswirkungen auf die Anrainer glyphosatbehandelter Flächen, also auch Bürgerinnen und Bürger von Rinteln, sowie auf deren Haustiere hat, fehlen bisher gänzlich.

Nach Monate langen Verhandlungen, in der es keine Mehrheit für eine weitere Zulassung des Mittels gab, stimmte am 27.11.2017 nun auch Deutschland, bzw. der Agrarminister Schmidt von der CSU mit 17 weiteren EU-Ländern für eine Verlängerung der Glyphosatzulassung.

Damit hat sich Deutschland gegen das Vorsorgeprinzip gestellt. Die Stadt Rinteln kann sich für das Vorsorgeprinzip aussprechen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Grünen Rinteln und viele Bürger_Innen der Stadt Rinteln nehmen das Vorsorgeprinzip sehr ernst. Daher soll von städtischen Grundstücken zukünftig keine Glyphosat-Gefahr mehr ausgehen. Der Rat soll den Einsatz von Glyphosat auf diesen Grundstücken untersagen. Zum Wohle von Mensch, Tier und Natur.

Christoph Ochs, Fraktionsvorsitzender